

Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer, München 2015 (Siedler-Verlag), 719 S.

„Er ist die Sintflut, er ist ein Aufbäumen der Natur [...] und bringt beispiellose Veränderungen im gesellschaftlichen und industriellen Gefüge mit sich.“ Mit diesen gleichermaßen dämonischen wie prophetischen Worten beschrieb der damalige britische Munitionsminister Lloyd George am Weihnachtstag des Jahres 1915 die zu diesem Zeitpunkt sich anbahnende Entwicklung der Weltlage im Zeichen des kulminierenden totalen Krieges auf dem europäischen

Kontinent. Seine apokalyptische Rhetorik steigerte der spätere britische Premier an gleicher Stelle noch in Gestalt naturalistischer Bilder wie „Aufbäumen der Natur“, „Zyklon“ und „Erdbeben“; kurzum: Es zeichne sich ab „eine jener seismische Störungen, in deren Verlauf Nationen auf einen Schlag um Generationen nach vorn katapultiert oder zurückgeworfen werden“ (S. 11). Lloyd Georges dramatisches Wort von der „Sintflut“ zum Motto nehmend, unternimmt der mittlerweile in Yale lehrende britische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler eine in vier Teilabschnitte mit insgesamt 26 Einzelkapiteln gegliederte Gesamtdarstellung der internationalen Lage zwischen dem Kulminationszeitpunkt des Ersten Weltkrieges 1916 und dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise anderthalb Jahrzehnte später (1931/32). Zahlreiche Fotos, Grafiken und Tabellen mit makroökonomischen Daten ergänzen den weitgehend narrativ angelegten Text. Wie generell in Toozes Arbeiten ist die enge Verzahnung allgemeiner wirtschaftlicher, konjunktureller und monetär-fiskalischer Entwicklungen mit diversen innenpolitischen Vorgängen und dem Handeln der politischen und ökonomischen Entscheidungsträger auf der damaligen weltpolitischen Bühne kennzeichnend. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf den drei Hauptakteuren der weltpolitischen Arena des behandelten Zeitraums, den Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich, in Abstufung dazu noch Italien, Japan und China und – auf der Verliererseite – Deutschland mit nur rudimentären Abschweifungen auf den Balkan und die Türkei. Das bereits im Frühjahr 1918 aus dem Krieg ausgeschiedene Russland wird als Sonderfall gleichfalls eher am Rande mit behandelt.

Den Schlüssel zum Verständnis der weltpolitischen Entwicklung nach 1918 bildet die Rolle der Vereinigten Staaten als Hauptfinanzier des Weltkrieges spätestens seit dem Jahre 1916 und damit als konkurrenzloser Hauptgläubiger im damaligen weltwirtschaftlichen Konzert: „Der Erste Weltkrieg bestätigte den Aufstieg der Vereinigten Staaten zur die Weltwirtschaft dominierenden Kraft [...]. Um Deutschland zu besiegen, begab sich die Entente in eine bislang unbekannt Form der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Diese neue asymmetrische Finanzgeometrie signalisierte das Ende der Rivalität unter Großmächten, die das Zeitalter des Imperialismus geprägt hatte.“ Damit waren es die eigentlichen militärischen Sieger des Krieges, die „die Vereinigten Staaten zu einer ungeahnten

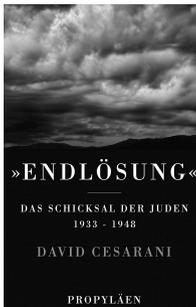
Dominanz aufsteigen [ließen], nicht nur über seine Satrapen in der Karibik oder die Philippinen, sondern über Großbritannien, Frankreich und Italien, die Großmächte Europas“ (S. 266). Auch die beiden asiatischen Siegermächte, das liberal regierte Japan sowie das zur damaligen Zeit noch stark regional zersplitterte China, gerieten gemäß Toozes akribischer Schilderung in diesen Sog der Abhängigkeit. Mehr noch, wird man wohl im Sinne des Autors ergänzen dürfen, galt dies aufgrund der Verquickung des Systems der interalliierten Schulden mit dem Reparationsproblem seit 1921 sowie dem starken US-amerikanischen Kapitalzustrom ins Reich infolge des Dawes-Plans von 1924 auch für das besiegte Deutschland. Eigentlich hätte eine so gekennzeichnete (finanz-)ökonomische Abhängigkeit auch einen entsprechenden politischen Einfluss Washingtons sowohl auf die fernöstliche wie auf die europäische Sphäre nach sich ziehen müssen. Jedoch verweigerten sich die USA nach der Abwahl Präsident Wilsons im Herbst 1920 einer weiteren Verstrickung in die europäischen Händel. Ihr Ausstieg im Zeichen eines neu belebten Isolationismus aus der Versailler Friedens- respektive Hegemonialordnung und aus dem von Frankreich und England dominierten Völkerbund markierte das Ende der von Woodrow Wilson einst so emphatisch verkündeten Vision eines fairen und gerechten Friedens „ohne Sieger und Besiegte“. Stattdessen begab sich das Land in die Position einer bequemen Neutralität und komfortablen Distanz insbesondere zu den europäischen Nachkriegsfragen und half damit, sowohl der Dominanzmanie der Sieger als auch dem Revisionismus der Besiegten freie Bahn zu eröffnen. Durch das Scheitern des „Wilsonianismus“, mit anderen Worten, dessen „überragende politische Inspiration, den amerikanischen Präsidenten, geriet der Völkerbund zum Symbol für das eigentliche Charakteristikum der neuen Ära – die abwesende Gegenwart der amerikanischen Macht“ (S. 639). Ihrer weltpolitischen Verweigerung ungeachtet, sieht Tooze doch in der von 1920 an verfolgten Deflationspolitik der USA als „Dreh- und Angelpunkt der Weltwirtschaft“ den wesentlichen Grund jener weitgehenden Restabilisierung der weltweiten Verhältnisse nach Überwindung des ersten revolutionären Schubs der unmittelbaren Nachkriegsphase in Europa und Asien. Sie war „der eigentliche Schlüssel zum ‚weltweiten Thermidor‘ der 1920er-Jahre, dem hauptsächlichen Motor der Wiederherstellung der Ordnung auf nationaler wie auf internationaler Ebene“. Dies sei „das bis heute wahrscheinlich am meisten unterschätzte Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts“ (S. 441). Nicht nur an dieser Stelle zeigt sich die vielleicht Lloyd Georges Eingangszitat geschuldete Tendenz des Autors zu einer argumentativen Rhetorik, die mittels einer stark dramatisierten Begrifflichkeit jeden Rückschlag, jede in der politischen Arena freier Gesellschaften durchaus häufige Friktion sogleich als „Desaster“, „Fiasko“ oder „Katastrophe“ bzw. im umgekehrten Falle schnell als „epochal“ oder „umwälzend“ charakterisiert. Zugegebenermaßen lassen sich so – als Stilmittel verstanden – komplizierte und schwer überschaubare Ereignisketten besser konturieren und die Schwerpunktsetzung des Autors dem Leser gegenüber deutlicher werden.

„Liberaler Imperialismus“ lautet ein Schlagwort, dem man im Text an mehreren Stellen begegnet. Tooze versteht darunter offenkundig eine vor allem für die angloamerikanische Strategie des 19. Jahrhunderts und auch später noch typische Form, kontinentale oder Weltherrschaft mit den Mitteln einer weitgehend gewaltfreien wirtschaftlichen Kontrolle und Durchdringung zu realisieren. In diesem Zusammenhang trifft der Leser in Toozes kurzem Schlusskapitel („Der Einsatz wird erhöht“) auf eine vielleicht demokratietheoretisch interessante, wenngleich gewiss nicht unwidersprochen bleibende Analyse des Zusammenhangs von innenpolitischer Verfassung und außenpolitischer Methode von Großmächten im Sinne jenes „liberalen Imperialismus“ bzw. des Abschieds von demselben. Wir lesen: „Die komfortablen Halb- und Dreivierteldemokratien des späten 19. Jahrhunderts, die Bismarck’schen Verfassungen, die eingeschränkten Wahlrechte in Großbritannien, Italien und Japan, sie alle waren im Laufe des Ersten Weltkrieges zusammengebrochen.“ Zuvor – gemeint ist wohl unter den Bedingungen eines vordemokratischen Konstitutionalismus – „waren der deutsche Reichstag und das japanische Parlament wirksame Kontrollinstanzen der Ambitionen der deutschen und japanischen Imperialisten gewesen. Das, was darauf folgte und überall zur Norm wurde, war das allgemeine oder fast allgemeine Wahlrecht und, im Falle neuer Staaten, ein nationaler Republikanismus.“ So instabil die dadurch entstandenen neuen Verhältnisse auch gewesen seien, so waren doch „die populären Forderungen aber, die in ihnen ihren Niederschlag gefunden hatten, [...] sehr real und machten es schwierig, unter wenigstens annähernd liberalen Bedingungen eine groß angelegte imperiale Expansionspolitik zu betreiben“. Fazit: Den allerorten aufbegehrenden Nationalisten blieb in ihrer Eigenwahrnehmung nur „die Wahl zwischen kriecherischem demokratischen Konformismus einerseits und nationaler Selbstbehauptung andererseits, genährt durch eine neue Form des innenpolitischen Autoritativismus“ (S. 638). An dieser Stelle nimmt Tooze wieder den Faden auf zu den erwähnten politisch-ökonomischen Stabilisierungserfolgen der angloamerikanischen Deflationspolitik der frühen 1920er-Jahre (zur Überwindung der Kriegsinflation) und ihren zeitweiligen globalen Auswirkungen zugunsten der liberalen Demokratie. Jedoch am Ende, soll heißen spätestens ab Mitte der 1930er-Jahre, konstatiert er einen Umschwung der Entwicklung in Asien wie Europa im Sinne einer „dialektischen Reaktion und Aufhebung“; soll heißen: „Nicht nur Stalin, auch die japanischen, deutschen und italienischen Rebellen gegen die internationale Ordnung wurden in ihrer radikalen Wut noch bestärkt durch das Gefühl, in ihrem ersten Versuch gescheitert zu sein“ (S. 634).

Adam Toozes nahezu weltumspannender Tour d’Horizon durch die internationale finanzpolitische Arena schließt konsequenterweise mit einem Kapitel über die Weltwirtschaftskrise und jenen zwei Vorgängen, die für ihn, aus der US-amerikanischen Perspektive betrachtet, im Mittelpunkt stehen. Zum einen Präsident Hoovers weltweites Schuldenmoratorium vom Juni 1931, zum zweiten schließlich die New-Deal-Politik seines im Herbst 1932 gewählten Nachfolgers Franklin D. Roosevelt. Mochte letztere zunächst wie ein radikaler

Antiwilsonianismus, das heißt Ausdruck einer „größtmöglichen isolationistischen Verirrung“, erscheinen, so sollte sich die weltpolitische Dividende dieses kühnen innenpolitischen Projekts spätestens zum Ende der 1930er-Jahre hin mit ihrer zunehmenden Verschärfung der internationalen Lage zeigen. Toozes bilanzierender Ausblick lautet: „Aus dem New Deal entstand ein amerikanischer Machtstaat, der in der Lage war, auf globaler Ebene in einem weitaus positiveren, interventionistischen Sinne Einfluss zu nehmen, als alles, was es in der Folge des Ersten Weltkrieges gegeben hatte“ (S. 641).

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.



David Cesarani, „Endlösung“. Das Schicksal der Juden 1933 bis 1948, Berlin 2016 (Propyläen-Verlag), 1100 S.

Kurz vor seinem Tod im Oktober 2015 konnte David Cesarani, einer der führenden britischen Holocaustforscher, noch die Niederschrift seiner großen Gesamtdarstellung „Final Solution“ abschließen, die inzwischen auch in deutscher Übersetzung vorliegt.

Auf den ersten 300 Seiten schildert Cesarani die Ausgangslage nach dem Ersten Weltkrieg und die Entwicklung der NS-Judenpolitik bis zum Novemberpogrom 1938. Der Überblick über die einzelnen Etappen ist eine recht konventionelle, aber solide Zusammenfassung des Forschungsstandes. In der Darstellung nehmen die Zeugnisse der Opfer – Briefe, Tagebücher und zeitgenössische Berichte – einen besonderen Stellenwert ein. Denn sie sollen nicht nur die Opferperspektive illustrieren, sondern auch die jüdischen Reaktionen auf die frühe Phase der NS-Judenpolitik verständlich machen. „Tatsächlich haben die Opfer den Historikern etwas Wichtiges zu sagen: Zum Zeitpunkt des Geschehens schien die Judenpolitik deshalb nicht zusammenhängend und zielgerichtet zu sein, weil sie es nicht war. Vielmehr war sie improvisiert, ungeplant und daher unvorhersehbar“ (S. 92). Man konnte also immer noch die Hoffnung haben, dass nicht alles so schlimm kommen würde.

Cesarani zeigt in seiner gesamten Darstellung, dass von einer stringenten, von Anfang geplanten Kohärenz der NS-Judenpolitik keine Rede sein kann. Vielmehr hat erst die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges den Raum für eine mörderische Lösung der „Judenfrage“ eröffnet, die wesentlich von einer Mischung aus ideologischem Antisemitismus, situativen Faktoren und regionalen Dynamiken geprägt war. Vielfach selbstgeschaffene Problemlagen sollten auf unterer Ebene in den besetzten Gebieten mit Improvisation und immer radikaleren Maßnahmen gelöst werden. Erst das militärische Scheitern des Angriffskrieges auf die Sowjetunion hat dann, wie Cesarani konstatiert, „die Bedingungen für eine

mörderische Dynamik von beispiellosem Ausmaß und unfassbarer Brutalität“ geschaffen (S. 433).

Die Deutung des Holocaust als einer Folge kumulativer Radikalisierung ist allerdings nicht so neu, wie dies der Autor gelegentlich suggeriert. Vielmehr wurde der Streit zwischen Intentionalisten und Funktionalisten/Strukturalisten in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung schon vor Jahrzehnten ausgetragen. Cesarani, der auch stark in der Holocaust-Education engagiert war, schreibt gegen das weitverbreitete populäre Klischee an, der Holocaust sei die planmäßige und effiziente Umsetzung von Hitlers Juden Hass gewesen und (über-)betont stattdessen das eher planlose Agieren und den oft auch chaotischen Verlauf, der aus widerstreitenden Interessen rivalisierenden Bürokratien resultierte. So zutreffend dies ist, so gab es daneben aber auch den geordneten bürokratischen Vollzug: Das Zahngold ermordeter Juden wurde von Auschwitz nach Berlin transportiert, dann in Goldbarren umgeschmolzen und gegen Devisen in der neutralen Schweiz verkauft.

Hervorzuheben ist: Cesarani berücksichtigt die unterschiedliche Entwicklung und Ausprägung des Völkermordes an den Juden in Ost- und Westeuropa gleichermaßen und integriert sie in ein breit gefächertes Gesamtbild. In kurzen Unterkapiteln wird der jeweilige Forschungsstand gut lesbar zusammengefasst, wobei sich Cesarani vielfach von anderen Spezialisten beraten ließ. Das Buch unterrichtet den Leser nicht nur zuverlässig über den Verlauf des Holocaust, sondern auch über eine Vielzahl von Ereignissen und Sonderentwicklungen, wie die Aufstände in den Vernichtungslagern Treblinka und Sobibór, die Rettung der dänischen Juden oder die Kollaboration in Osteuropa. Sehr eindringlich ist auch die Schilderung des Überlebenskampfes in den Ghettos von Lodz und Warschau, die die tiefe soziale Spaltung der jüdischen Gemeinden in Erinnerung ruft.

In einem Epilog von 30 Seiten gibt Cesarani einen knappen Ausblick zum Schicksal der jüdischen Überlebenden in Ost- und Westeuropa mit ihren sehr unterschiedlichen Erfahrungen, die vom Leben in den Displaced-Persons-Lagern, von tatkräftiger Hilfe über erneute antisemitische Gewalttaten bis zur Auswanderung nach Palästina reichten.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Es handelt sich um eine konzise, gut geschriebene Gesamtdarstellung, die einem multiperspektivischen Ansatz verpflichtet ist und sich bewusst an ein breites Publikum richtet.

Clemens Vollnhals, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.



Bodo Knoll (Hg.), Der Minimalstaat. Zum Staatsverständnis von Robert Nozick, Baden-Baden 2018 (Nomos), 227 S.

Die Demokratiekonzeptionen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit waren fast allesamt normativen Charakters und stellten Demokratie als Wert an sich heraus. Diese Tendenz hielt sich bis weit ins 20. Jahrhundert und wurde auch Mitte der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts durch die Kommunitarismusedebatte wieder neu belebt. Im Gegensatz dazu kristallisierte sich aber mit Max Webers Überlegungen zu Strukturreformen im Deutschen Reich, Anthony Downs' ökonomischer Theorie der Demokratie und Joseph Schumpeters pessimistischer Demokratiediagnostik ein paralleler ideengeschichtlicher Strang heraus, der Demokratie nun nicht mehr als Wert an sich oder als normativen Bezugsrahmen verstand, sondern allein als funktionales Instrument zur Rekrutierung und Abwahl von Eliten.

In diese Stoßrichtung argumentierte auch der Harvard-Philosoph Robert Nozick, der aus den nüchternen demokratietheoretischen Fundamenten ein ultraliberales und minimalistisches Staatsbild ableitete. Jede staatliche Tätigkeit, vor allem Umverteilungen, wären demnach eine Entmündigung des Individuums, und der Staat solle sich allein auf seine unbedingt notwendigen Kernkompetenzen beschränken – den Schutz der Individuen. Insofern ist der Staat auch immer nur das Ergebnis miteinander konkurrierender Schutzgemeinschaften, von welchen sich letztlich eine durchzusetzen vermag. Der minimalistische Staat entsteht so im Rahmen der stereotyp liberalen Vorstellung einer „invisible hand“, individuelle Rechte sind ein zufälliges Ausfallprodukt. Sein minimalistischer Rigorismus war dabei freilich eine Antwort auf die umfangreichen Überlegungen seines Antipoden John Rawls, der im Prinzip der staatlich garantierten Chancengleichheit die Ultima Ratio der Demokratietheorie erblickte.

Der Nozick-Experte Knoll, der zum Thema im Jahr 2008 auch seine einschlägige Promotion vorgelegt hat, versucht nun im Rahmen eines Sammelbandes die Einordnung von Nozicks kleinstem gemeinsamen Staatsnenner in drei Teilbereiche: Erstens unternehmen (Wirtschafts-)Philosophen, Ökonomen und Ethiker eine Rechtfertigung des Minimalstaates, zweitens wird die Rolle von Gerechtigkeit und Privateigentum einer Analyse zugeführt und drittens geht es um das Verhältnis von Minimalstaat und Liberalismus.

Das gelingt ausgesprochen fundiert und auch reflektiert, keine Selbstverständlichkeit, wenn vonseiten einer Teildisziplin, die Nozick mit seiner Monografie auch berührte, diese Analyse jeweils aus einer sehr spezifischen Perspektive unternommen wird. Umso ertragreicher fallen die Ergebnisse aus. Ein einführender Beitrag des Herausgebers umreißt den Nozick'schen Gedankenhorizont. Der emeritierte Philosoph und Ökonom Hartmut Kliemt attestiert Nozick Innovationskraft und einen bedeutenden Beitrag zur staatsphilosophischen Diskussion (S. 52), was ihm vor allem gegenüber den traditionell

mindestens staatsfernen Anarchisten gelingt. In einem zweiten Beitrag widmet sich der Unternehmensberater Hardy Bouillon einem Vergleich Nozicks mit der Staatstheorie Anthony de Jasays, der zwar gemeinsam mit Nozick zu den wichtigsten Vertretern des Libertarismus gehört, aber doch im Schatten des Ersteren verblieben ist. Dabei wird zwar die faktische Überlegenheit der Nozick'schen Argumentation betont, aber auch die Tatsache, dass Jasays Entwurf ohne die Postulierung natürlicher Grundrechte auskommt, aber sie im Gegensatz zu Nozick erklären kann und nicht nur als historischen Zufall oder Begleiterscheinung versteht (S. 70).

Der Sammelband nimmt ebenso historische Einordnungen vor, indem er die Auseinandersetzung mit den Klassikern nicht scheut. In einem gelungenen Beitrag zieht der Philosoph Fabian Wendt einen systematischen Vergleich mit dem Liberalismus eines John Locke; Rolf Puster und Jörg Winter nehmen handlungstheoretische Einordnungen vor anhand eines von Nozick selbst eingebrachten, fiktiven Wilt-Chamberlain-Arguments (eines NBA-Basketballers) und zeigen auch spieltheoretische Verzahnungen und problematische Aspekte des Gerechtigkeitsbegriffs (S. 124).

Der Politikwissenschaftler Walter Reese-Schäfer widmet sich im abschließenden Drittel Nozicks Begründung eines kapitalistischen Antietatismus und kommt zu dem Ergebnis, dass die Qualität der Einzelargumente durchaus für sich stehen könne (S. 171), allerdings sei der Rückgriff auf die letzten staatsbegründenden Ideen bei Nozick doch stets nur ein Rekurs auf „mehr oder weniger ausgearbeitete Konzeptionen von Macht“ (S. 171). Dagmar Schulze Heuling von der FU Berlin unternimmt abschließend den Vergleich der in weiten Teilen gegenläufigen Staatsverständnisse Nozicks und Walter Euckens, um die Frage zu beantworten, ob Ordnung durch Freiheit entsteht oder Freiheit nicht vielmehr erst Ordnung voraussetzt. Insofern dient der Beitrag einem kleineren Resümee, hält er doch fest, dass der Minimalstaat für Nozick das Maximum dessen darstellt, was er anzubieten imstande ist, da jede weiterführende staatliche Tätigkeit moralisch inakzeptabel wäre (S. 195). Im Falle Euckens ist Ordnung aber gerade das Produkt von praktizierter Freiheit.

So bietet der Sammelband ausgesprochen interessante und auch exotische Aspekte der (Neu-)Interpretation von Robert Nozicks wichtigstem Opus, das er, wie Reese-Schäfer nicht zu Unrecht schreibt, angesichts seiner polarisierenden Argumente wie der erwartbaren teilweise harschen Auseinandersetzung „kluugerweise“ nicht zu seinem wissenschaftlichen Lebensthema gewählt hat (S. 171). Vielleicht hätte dem Sammelband durchaus eine stringente, einführende Auseinandersetzung mit der „Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls gutgetan. Dieser war zwar schon tausendfach anderswo zu lesen, da aber doch mehrere Autoren explizit und implizit immer wieder auf die Auseinandersetzung zwischen Kommunitarismus und Libertarismus verweisen, wäre es doch reizvoll gewesen, auf dieses tradierte Fundament die Innovationskraft des Sammelbandes gleichsam aufzubauen, seine Vorzüge wären dann noch einmal klarer herausgearbeitet worden. Doch das ist letztlich auch Geschmackssache, und das Argument, ein so

hochgradig spezialisiertes Kompendium muss nicht wieder den Rückgriff auf die klassische Auseinandersetzung leisten, kann nicht ohne Weiteres abgetan werden. Schwerer wiegt da doch das Fehlen eines synoptischen, systematisierenden Schlussbeitrags, der die verschiedenen, so ertragreichen Ergebnisse zusammengeführt hätte. Nicht zuletzt der Rezeption, die der Sammelband verdient hätte, wäre dies zuträglich gewesen.

PD Dr. Alexander Straßner, Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg, Universitätsstraße 31, 93040 Regensburg.



Eckhard Jesse/Tom Mannewitz (Hg.), Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018 (Nomos), 672 S.

Die Extremismusforschung gehört zu den umstrittensten wissenschaftlichen Disziplinen in der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem zwei Wissenschaftler haben sie bis in die Gegenwart nachhaltig geprägt: die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse. Sie definierten Extremismus als Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat und entwickelten seit Mitte der 1980er-Jahre ein systematisches Verständnis von Extremismus, welches auch Eingang in die Sicherheitsbehörden gefunden hat.

Über die Frage der Wissenschaftlichkeit und Seriosität des Extremismusbegriffs und der Extremismusforschung tobt seitdem ein offener Streit, der weit über die Scientific Community hinausstrahlt. Kritiker sehen in dem Begriff in erster Linie einen ideologisch aufgeladenen Kampfbegriff. Der Extremismusforschung werfen sie vor, sie setze Rechts- und Linksextremismus in unzulässiger Art und Weise gleich, verharmlose dadurch den Rechtsextremismus und übersehe den Extremismus in der Mitte der Gesellschaft, da sie bei dieser per se von einer demokratischen Grundeinstellung ausgehe. Geflissentlich ignorieren ihre Kritiker dabei, dass es der Extremismusforschung nicht um eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus geht, sondern um das Herausarbeiten struktureller Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen allen Extremismen, z. B. auf dem Felde der sich gegen Menschenrechte und Demokratie richtenden politischen Auffassungen und Handlungsweisen. Für die Extremismusforschung ist daher „der Gegensatz zwischen extremistisch und demokratisch entscheidend, nicht der zwischen ‚rechts‘ und ‚links‘“, wie Jesse zu Recht betont.¹ Die Extre-

1 Eckhard Jesse, Der Begriff „Extremismus“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200098/der-begriff-extremismus-worin-besteht-der-erkenntnisgewinn>; 20.1.2019).

mismusforschung bedient sich letztlich nur einer gängigen wissenschaftlichen Methode der Politikwissenschaft: des Vergleichs. Er hebt einerseits die massiven Unterschiede zwischen den antidemokratischen Richtungen hervor und zielt andererseits auf strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den vielfältigen Formen des Extremismus. Nicht der Vergleich, sondern der Verzicht auf ihn wäre unwissenschaftlich. Er käme einer voraussetzenden Zensur – der berühmten „Schere im Kopf“ – gleich und somit einem voraufklärerischen Denken.

Vor dem Hintergrund dieser Konfliktlage haben Eckhard Jesse und Tom Mannewitz unter der Überschrift „Extremismusforschung“ nun auf 672 Seiten ein Handbuch zum Thema Extremismus vorgelegt, das sich sowohl an die Wissenschaft als auch an die Praxis richtet und einen umfassenden Überblick über die Arbeit der Extremismusforschung, ihre Untersuchungsgegenstände und ihre Notwendigkeit liefern möchte. Ausgehend von der Kernthese der Herausgeber, dass „die Politikwissenschaft ohne den viel gescholtenen Begriff des Extremismus nicht auskommt“ (S. 16), nehmen sich – auf 16 Kapitel verteilt – verschiedene Autoren dem Thema „Extremismus“ in seinen unterschiedlichsten Facetten an. Grundkonsens aller Autoren dieses Handbuchs ist dabei eine auf Backes und Jesse zurückgehende Definition von Extremismus als „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“ (S. 15).

Eingangs stellen Jesse und Mannewitz gemeinsam ihre „Konzeptionelle[n] Überlegungen“ vor und Jesse skizziert im Anschluss die „Grundlagen“ des Handbuchs. In den darauf folgenden Kapiteln geht es dann zunächst um den Extremismus im Allgemeinen. So widmet sich Uwe Backes unter der Überschrift „Extremistische Ideologien“ den antidemokratischen Weltbildern, während Lazaros Miliopoulos nach den „Ursachen für politischen Extremismus“ fragt. Birgit Enzmann geht in ihrem Beitrag auf den „Demokratische[n] Verfassungsstaat als Widerpart des Extremismus“ näher ein und Tom Mannewitz behandelt die „Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen extremistischer Parteien“. Viola Neu und Sabine Pokorny beschreiben in ihrem Aufsatz „Extremistische Einstellungen und empirische Befunde“ die Schwierigkeiten bei der Messung extremistischer Einstellungen.

Den thematischen Schwerpunkt des Handbuchs bilden auf insgesamt fünf Kapitel verteilte „klassischen“ extremistischen Phänomene des Rechts- und Linksextremismus. Während Armin Pfahl-Traughber den „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ analysiert, setzt sich Jürgen P. Lang, demselben Aufbau folgend wie Pfahl-Traughber, mit dem „Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ auseinander. In vergleichender Perspektive untersucht Alexander Straßner den „Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Abgerundet wird dieser Komplex durch historische Rückblicke auf die Macht- und Herrschaftsausübung von Extremisten durch die eher essayistisch gehaltenen Aufsätze von Bernd-Jürgen Wendt „Rechtsextremismus an der Macht – Der Nationalsozialismus“ und Stéphane Courtois „Linksextremismus an der Macht – Der Kommunismus“.

Tom Thieme richtet mit seinem Beitrag „Extremismus in west- und osteuropäischen Demokratien“ den Blick auf die europäische Dimension des Extremismus, während es Jürgen Falter vorbehalten bleibt, den „Politische[n] Extremismus in der Weimarer Republik“ darzustellen. Rolf Frankenberger zeigt schließlich unter der Überschrift „Systemtransformation und Extremismus“ die „Rolle von Extremisten bei der Transformation von politischen Systemen“ auf (S. 513).

Zwar will das Handbuch eine „Fixierung auf eine bestimmte Form des Extremismus“ vermeiden, dennoch dominieren mit dem Rechts- und Linksextremismus die „klassischen“ Phänomene der Extremismusforschung. Dem religiösen Extremismus in Gestalt des Islamismus spürt dagegen nur Thorsten Hasche mit seinem Aufsatz „Islamismus in der Bundesrepublik Deutschland“ nach, ansonsten fristet dieses hochaktuelle Thema in diesem Band eher ein Randdasein, was seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung nicht gerecht wird. Allerdings weisen die Herausgeber bereits zu Anfang auf diese Problematik hin, wenn sie betonen: „Wer ein Handbuch zu verfassen gedenkt, ist sich über die Selektivität der Themenauswahl bewusst“ (S. 15).

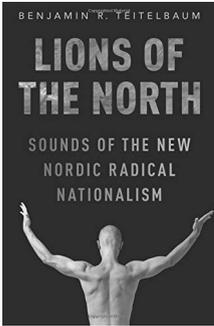
Ein Verdienst dieses Buchs ist es, dass es sich dem ansonsten in der politischen und wissenschaftlichen Wahrnehmung eher vernachlässigten Linksextremismus ausführlich annimmt. Vor allem das Kapitel „Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ stellt dieses Phänomen in seinen unterschiedlichsten Facetten dar. Ausführlich werden die linksextremistischen Ideologien vom Marxismus-Leninismus über den Trozismus, den Maoismus und Reformkommunismus bis zum Anarchismus vorgestellt. Selbst dem parteipolitischen Linksextremismus und sogar den eher randständigen Konflikt innerhalb des autonomen Spektrums zwischen Antideutschen und Antiimperialisten werden jeweils eigenständige Unterkapitel gewidmet. Bedauerlicherweise findet die für den demokratischen Rechtsstaat möglicherweise brisanteste Entwicklung der letzten Jahre im Linksextremismus, die Entstehung und Verbreitung der Postautonomen und ihrer führenden Gruppierung, der Interventionistischen Linke (IL), weder in diesem Beitrag noch an anderer Stelle in diesem Handbuch den ihr gebührenden Raum. Auch die Erfahrungen aus den gewalttätigen Protesten gegen den G20-Gipfel, an deren Organisation die IL an führender Stelle beteiligt war, finden keinen Niederschlag in den Beiträgen.

Zu Recht benennen die Autoren die oftmals unterschätzten Gefahren, die von Linksextremisten ausgehen, und kritisieren die mangelhafte Forschungslage zum Thema, für die vor allem die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz des Extremismusbegriffs und der Extremismusforschung verantwortlich ist. Sie hat zur Folge, dass nur wenige Wissenschaftler überhaupt bereit sind, sich dieses Themas anzunehmen. Viel zu groß ist die Gefahr, dadurch in Konflikte mit den studentischen Ausschüssen zu geraten und sich beruflich ins Abseits zu stellen.

Der Anspruch der Herausgeber ist es, mit einem „möglichst einheitlichen Aufbau der Kapitel“ (S. 22) „Orientierung und Übersichtlichkeit dort [zu] liefern, wo zuletzt Konfusion dominierte“ (S. 14). Das ist ihnen weitgehend gelungen. Das Handbuch stellt eine nützliche Hilfe vor allem für diejenigen dar, denen

es um den „klassischen“ Extremismus von „rechts“ und von „links“ geht. Sie erhalten mit diesem Buch eine faktenreiche Hilfe zum Gesamtverständnis des Extremismus und dieser Phänomene. Diejenigen, die etwas über den religiösen Extremismus erfahren möchten, werden eher weniger fündig. Für die praktische Arbeit beispielsweise der Sicherheitsbehörden ist es auch aus diesem Grunde nur bedingt geeignet.

Udo Baron, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 30169 Hannover.



Benjamin R. Teitelbaum, Lions of the North. Sounds of the New Nordic Radical Nationalism, New York 2017 (Oxford University Press), 210 S.

Lange galt Schweden angesichts der Erfolglosigkeit rechts-extremer Parteien und Bewegungen als europäische Ausnahmeerscheinung.¹ In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde das Land jedoch ein Zentrum des subkulturellen Rechtsextremismus und insbesondere durch die neonazistisch geprägte Skinheadsubkultur sowie die entsprechenden Konzerte bekannt, die Anziehungskraft auch auf die Szenen in anderen europäischen Ländern ausübte.² Der in Boulder/Colorado lehrende Ethnomusikologe Benjamin R. Teitelbaum setzt an diesem Punkt der Entwicklung an und postuliert einen Niedergang der neonazistisch geprägten Skinheadsubkultur gegen Ende der 1990er-Jahre. In der Folge habe sich ein „New Nationalism“ (S. 1) als Bewegung konstituiert, der Musik unterschiedlichster Stilrichtungen als zentrales Kommunikationsinstrument nutze. Diese Bewegung distanzieren sich deutlich von der Skinheadsubkultur und bestehe aus drei Strömungen: 1. „Race Revolutionaries“ verträten ein rassistisches beziehungsweise ethnozentristisches Weltbild; 2. „Cultural Nationalists“ rückten den Ethnopluralismus beziehungsweise die kulturelle Identität eines Volkes ins Zentrum ihrer Argumentation; 3. „Identitarians“ beriefen sich auf eine europäisch-abendländische Zivilisation, die durch den Multikulturalismus bedroht sei (S. 5).

Für seine ethnografische Feldstudie führte der Autor Interviews mit Szeneprotagonisten, nahm an Veranstaltungen der Bewegung teil und setzte sich mit den sprachlichen sowie symbolischen Ausdrucksformen in der Musik auseinander. In Fallstudien zu den drei Strömungen arbeitet er (Leit-)Narrative und zentrale Argumentationsmuster heraus. Darüber hinaus zeigt er Adaptionen

1 Vgl. Jens Rydgren, Radical Right Populism in Sweden: Still a Failure, But for How Long? In: Scandinavian Political Studies, 25 (2002) 1, S. 27–56.

2 Vgl. Heléne Lööw, Nazismen i Sverige 1980–1997: Den rasistiska undergroundrörelsen. Musiken, myterna, riterna, Stockholm 1998.

von Argumentationsfiguren der ursprünglichen Subkulturen auf, wie beispielsweise das Narrativ der Unterdrückung und Marginalisierung im Reggae und Rap. Dieses wird von den farbigen Minderheiten, aus denen die Akteure dieser Musikstile ursprünglich stammen, auf die autochthone weiße Bevölkerung übertragen und entspricht somit der propagierten eigenen Unterdrückung als Teil des Hauptnarrativs des „New Nationalism“ (S. 61–88). In einem abschließenden Vergleich arbeitet Teitelbaum die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Strömungen präzise heraus. Die wichtigsten Ergebnisse: 1. Die Musik wird von der Bewegung als Mittel zum Zweck gebraucht und auch als solches betrachtet. 2. Wenngleich sich die Narrative und Ausdrucksformen unterscheiden, so lassen sie sich unter dem Label des Soundtracks einer Anti-Einwanderungsbewegung zusammenfassen und haben somit keinen gemeinsamen positiven Bezug auf ein kohärentes ideologisches Narrativ. 3. Die Bedeutung der Musik als Mittel kollektiver Mobilisierung für tiefgreifende politische Veränderungen (z. B. im Vergleich zur 68er-Bewegung in Schweden³), vor allem außerhalb der eigenen Szene und Bewegung, hat stark abgenommen.

Dem Autor gelingt es, die Vielgestaltigkeit der Bewegung und der einzelnen Strömungen plastisch herauszuarbeiten. Die größte Stärke der Untersuchung liegt in der intensiven ethnografischen Feldforschung, mithilfe derer er dem Leser tiefe Einblicke in eine Bewegung gewährt, die Wissenschaft und Publizistik zumeist verschlossen bleibt. Die größte Stärke dieser Arbeit stellt jedoch zugleich auch ihre größte Schwäche dar. Durch die große Nähe zu den Protagonisten der Bewegung geht die wissenschaftliche Distanz anders als bei ähnlichen Studien⁴ verloren. So weist der Autor selbst auf die Notwendigkeit eines kritischen Hinterfragens der Aussagen durch den Leser hin (S. 14), wird jedoch seinem selbst formulierten Anspruch häufiger nicht gerecht. Die kritische Reflexion bleibt auf der Strecke, wenn etwa xenophobe Narrative unkommentiert bleiben (S. 32 f., 129 f.). Darüber hinaus stuft er die gut herausgearbeiteten Unterschiede zwischen den Strömungen mitunter als ideologische Divergenzen ein, obwohl sie vor allem taktischer Natur sein dürften. Dies zeigt sich insbesondere anhand der weitgehend übereinstimmenden Feind- und Selbstbilder sowie der sich stark ähnelnden Weltbilder, die lediglich leicht abweichende Zielvorstellungen formulieren, aber keinesfalls klare ideologische Trennlinien erkennen lassen.

Gemeinsam ist allen drei Strömungen eine ausgeprägte Selbstviktimsierung, die Annahme der Überlegenheit der eigenen (kulturellen und/oder ethnischen) Identität und eine darauf Bezug nehmende territoriale Entität, die zusammen das grundlegende Identitätsangebot bilden. An diesen Punkt knüpft auch die notwendige Kritik an der Terminologie des „Radical Nationalism“ (S. 7) an.

3 Vgl. Thomas Etzemüller, Imaginäre Feldschlachten? „1968“ in Schweden und Westdeutschland. In: Zeithistorische Forschungen, 2 (2005) 2, S. 203–223.

4 Vgl. David Art, Inside the Radical Right. The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Cambridge 2011.

Teitelbaum erachtet den Terminus zwar ebenfalls nicht als ideal, verwendet ihn aber dennoch und zieht ihn dem Extremismuskonzept und dem Konzept der Ungleichwertigkeit vor (ebd.). Problematisch ist dieser Umstand vor allem, weil keine klare Definition des Begriffs, also des zentralen Gegenstandes der Studie, vorgenommen wird. Stattdessen belässt es der Autor bei vagen Abgrenzungen. In Kombination mit der teils fehlenden kritischen Distanz scheint der Begriff des „Radical Nationalism“ mehr von den Normalisierungsbestrebungen der Akteure der Bewegung geprägt zu sein als vom Erkenntnisanspruch der wissenschaftlichen Studie. Dennoch hat Benjamin R. Teitelbaum eine sehr gut lesbare und klar strukturierte dokumentarische Analyse der neueren Entwicklung des subkulturellen Rechtsextremismus in Schweden vorgelegt, die Normalisierungsbestrebungen der extremen Rechten aufzeigt, auch wenn ein wenig mehr kritische Distanz zum Forschungsgegenstand sowie terminologische und konzeptuelle Präzision ihren Wert zweifellos noch erhöht hätten.

Maximilian Kreter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.